



BESCHLUSSVORLAGE	Vorlage Nr.:	2016/0352
	Verantwortlich:	Dez.5
2030 Agenda – Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten		

Beratungsfolge dieser Vorlage					
Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Ausschuss für Umwelt und Gesundheit	05.07.2016	5		x	vorberaten
Gemeinderat	19.07.2016	14	x		mehrheitlich zugestimmt

Beschlussantrag

Zahlreiche Konzepte und Strategien der Stadt Karlsruhe haben eine nachhaltige Stadtentwicklung zum Ziel. Daher ist die Aufforderung des Deutschen Städtetages, sich den 2030 Agenda-Zielsetzungen anzuschließen, eine konsequente Fortsetzung des Karlsruher Weges.

Der Gemeinderat beschließt – nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit -, die Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung in der 2030-Agenda zu unterstützen und die Musterresolution des Deutschen Städtetages zu unterzeichnen.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		x	nein		ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt			Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel stehen Wählen Sie ein Element aus. Kontierungsobjekt: Wählen Sie ein Element aus. Ergänzende Erläuterungen:					
Kontenart:					
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant		nein	x	ja	Handlungsfeld: Umwelt, Klimaschutz und Stadtgrün
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	nein		ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	x	nein		ja	abgestimmt mit

Am 25. September 2015 wurde auf dem UN-Gipfel in New York die "2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung" verabschiedet. Sie hat die Form eines Weltzukunftsvertrags und soll helfen, allen Menschen weltweit ein Leben in Würde zu ermöglichen. Sie soll Frieden fördern und dazu beitragen, dass alle Menschen in Freiheit und einer intakten Umwelt leben können. Die 2030-Agenda ist getragen vom Geist einer neuen globalen Partnerschaft – eine Einteilung in "Geber" und "Nehmer" oder in "Erste", "Zweite" und "Dritte Welt" wird abgelöst vom Gedanken der gemeinsamen Verantwortung für die Menschen und den Planeten.

Die Agenda 2030 soll:

- Armut und Hunger beenden und Ungleichheiten bekämpfen
- Selbstbestimmung der Menschen stärken, Geschlechtergerechtigkeit und ein gutes und gesundes Leben für alle sichern
- Wohlstand für alle fördern und Lebensweisen weltweit nachhaltig gestalten
- Ökologische Grenzen der Erde respektieren: Klimawandel bekämpfen, natürliche Lebensgrundlagen bewahren und nachhaltig nutzen
- Menschenrechte schützen – Frieden, gute Regierungsführung und Zugang zur Justiz gewährleisten
- Eine globale Partnerschaft aufbauen

Hierzu wurden 17 globale Entwicklungsziele formuliert, die das Prinzip der Nachhaltigkeit mit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung verknüpfen. Zum ersten Mal werden Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit in einer Agenda zusammengeführt.

Die 17 globalen Entwicklungsziele lauten:

1. Keine Armut
2. Keine Hungersnot
3. Gute Gesundheitsversorgung
4. Hochwertige Bildung
5. Gleichberechtigung der Geschlechter
6. Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen
7. Erneuerbare Energie
8. Gute Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum
9. Innovation und Infrastruktur
10. Reduzierte Ungleichheiten
11. Nachhaltige Städte und Gemeinden
12. Verantwortungsvoller Konsum
13. Maßnahmen zum Klimaschutz
14. Leben unter dem Wasser
15. Leben an Land
16. Frieden und Gerechtigkeit
17. Partnerschaften, um Ziele zu erreichen

Die Zielvorgaben richten sich an alle Staaten der Weltgemeinschaft. Sie sind gleichermaßen aufgefordert, sich für die Agenda 2030 einzusetzen und aktiv daran zu arbeiten, dass sich die Situation der Menschen und der Umwelt bis 2030 in vielen wichtigen Bereichen verbessert.

Die neue Agenda wird ab 2016 die Millenniumsentwicklungsziele, die sich die Weltgemeinschaft Anfang des Jahrtausends gesetzt hatte, ablösen. Sie wurde mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft in aller Welt entwickelt. Ihre Verwirklichung kann nur gelingen, wenn alle Staaten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Bildung und Bürger zusammen daran arbeiten.

Ohne die Mitwirkung der Kommunen wird die internationale 2030-Agenda weitgehend wirkungslos bleiben.

Der Deutsche Städtetag schlägt den Mitgliedstädten vor, sich für ausgewählte Ziele der 2030-Agenda zu engagieren. Dabei ist für die Kommunen **Ziel 11** „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ das wichtigste Ziel.

Aber auch **Ziel 6** „Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten“, **Ziel 7** „Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern“ und **Ziel 9** „Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen“ sowie **Ziel 13** „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen zu ergreifen“ sind kommunalrelevant.

Der Deutsche Städtetag unterstützt die 2030-Agenda und hat zur Beteiligung an der 2030-Agenda eine Musterresolution mit einem Katalog möglicher Maßnahmen erarbeitet, die als **Anlage** beigefügt ist.

Viele der angesprochenen Maßnahmen werden in Karlsruhe bereits durchgeführt und könnten in den Kontext mit der 2030-Agenda gestellt werden.

Information und Bewusstseinsbildung

In Karlsruhe werden regelmäßig Kampagnen und öffentlichkeitswirksame Aktionen zur nachhaltigen Verhaltensweisen bei der Mobilität (z. B. Aktion „Kopf an: Motor aus“) oder zum Klimaschutz (z. B. Klimavertrag) durchgeführt. Mit der Finanzierung von umweltpädagogischen Unterrichtseinheiten und Nachmittagsbetreuung durch Umweltverbände wird bei Kindern und Jugendlichen ebenfalls eine Bewusstseinsbildung gefördert.

Periodische Fortschrittsberichte zum Klimaschutz dokumentieren die Entwicklung der CO₂-Emissionen im Stadtgebiet sowie die durchgeführten Maßnahmen zur Energieeinsparung regelmäßig.

Für die Zukunft kann hierbei auch der Zusammenhang mit den 2030-Agenda-Zielen herausgestellt werden.

Maßnahmen der Vernetzung und Interessenvertretung

Karlsruhe ist zum Beispiel Mitglied im Klimabündnis, im Covenant of Mayors, im Rat für Nachhaltige Entwicklung und aktuell Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen.

Über diese Netzwerke können kommunale nachhaltige Interessen eingebracht werden.

Übertragung der 2030-Agenda auf kommunale Ebene

Im "Integrierten Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2020" sind ressortübergreifend Konzepte dargestellt, die eine resiliente, zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklung zum Ziel haben. Dabei werden alle kommunalen Handlungsebenen berücksichtigt. Aus der Vielzahl von 12 Handlungsfeldern und 39 Strategien wurden die 5 Fokusthemen „Technologiestadt 2020“, „Stadtgesellschaft 2020“, „Kulturstadt 2020“, „Umweltstadt 2020“ und „Innenstadt und Stadtteile 2020“ entwickelt, die jeweils gleichrangig für ein strategisches Leitbild stehen.

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept wird gegenwärtig im Rahmen von 6 zentralen Korridorthemen des IQ-Prozesses „Mobilität“, „Grüne Stadt“, „Moderne Verwaltung“, „Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt“, „Soziale Stadt“, und „Zukunft Innenstadt“ vertieft weiterentwickelt. Damit werden kommunale Nachhaltigkeitsstrategien als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung und den kommunalen Wirtschaftsbetrieben verankert und die hierauf basierenden Leitprojekte mit hoher Priorität versehen.

Wichtige Elemente dieser Zukunftsthemen sind bereits beschlossene Konzepte wie z. B.

Klimaschutzkonzept 2009
Klimaneutrales Karlsruhe 2050
Anpassung an den Klimawandel 2009
Städtebaulicher Rahmenplan Klimaanpassung
Ressourcenoptimiertes Gewerbeflächenangebot
Leitfaden „Familienfreundliche Kommune“
Armutsbekämpfungsprogramm
Inklusion in der Schule
Karlsruher Integrationsplan
Verkehrsentwicklungsplan
Räumliches Leitbild
Leitlinie gegen Kinderarmut
Leitlinie gegen Altersarmut
Kulturkonzept 2025

Die Erarbeitung dieser Konzepte findet regelmäßig in engem Kontakt mit der Bürgerschaft statt. So werden in zahlreichen Bürgerbeteiligungsprozessen die kommunalen Themen mit der Bevölkerung rückgekoppelt.

Im Rahmen der Umsetzung der Karlsruher Internationalisierungsstrategie, die unter anderem die Stärkung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit durch konkrete Projektarbeit zum Ziel hat, wurde eine Klimapartnerschaft mit der Stadt San Miguel de Los Bancos (Ecuador) geschlossen. Damit werden die vielfältigen Maßnahmen in Karlsruhe durch eine internationale Komponente in einem Land des globalen Südens ergänzt.

Mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erarbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Karlsruhe und Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur mit den zuständigen Kolleginnen und Kollegen aus Los Bancos konkrete Maßnahmen in den Bereichen Abfallwirtschaft und Biodiversität. Neben dem fachlichen Know-how-Transfer werden Maßnahmen im Bereich der Umweltbildung, insbesondere der Sensibilisierung junger Menschen für den Klimawandel, umgesetzt. Fachliche Unterstützung erhält die Stadt Karlsruhe dabei unter anderem vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT), dem Karlsruher Netzwerk EINE WELT und der Organisation Engineers Without Borders.

Die vorgenannten Ausführungen machen deutlich, dass Karlsruhe sich auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung befindet. Mit der Bündelung von Strategien in übergreifende Handlungsfelder will die Stadt die Lebensqualität verbessern, die Attraktivität der Stadt erhöhen und die Zukunftsfähigkeit stärken, ohne die Chancen zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen. Dabei werden aktuelle und zukünftige zentrale Herausforderungen sozial- und ökologisch verträglich zu lösen sein.

Für ihre Konzepte und Strategien erhielt die Stadt Karlsruhe am 27. November 2015 von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis die Auszeichnung als „Deutschlands nachhaltigste Großstadt 2015“.

Der Beitritt zur Initiative des Deutschen Städtetages wäre somit eine konsequente Fortsetzung der Karlsruher Aktivitäten auf dem Wege zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Stadt.

Mit der Unterzeichnung entstehen keine neuen oder zusätzlichen Aufgaben und auch keine rechtlich verbindlichen Verpflichtungen. Alle genannten Maßnahmenvorschläge des Deutschen Städtetages sind optional und es steht den Kommunen frei, den Vorschlägen zu folgen oder eigene Maßnahmen durchzuführen.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat beschließt – nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit -, die Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung in der 2030-Agenda zu unterstützen und die Resolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetages zu unterzeichnen.